

Der Westbalkan in der Arena geostrategischer Interessen von Russland und China

Key Points:

- Erhöhung des Engagements der EU und insbesondere Österreichs und Beschleunigung der EU-Integrationsprozesse.
- Förderung der Zivilgesellschaft und neuer Allianzen mit progressiven Kräften, die zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Institutionen beitragen können.
- Stärkere Investitionen in die Infrastruktur seitens der EU.
- Einbeziehung der regionalen Akteure in die Konferenz zur Zukunft Europas.
- Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie zu geopolitischen Herausforderungen.



Dr. Faruk Ajeti ist Affiliated Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Er ist Visiting Scholar an der Nietzsche School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington DC. Ajeti schloss sein Doktorat zum Thema „Die Kosovopolitik Österreichs in den Jahren 1986-1999“ am Institut der Politikwissenschaft an der Universität Wien ab und absolvierte sein Masterstudium am Institut der Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2020

Leistung erbracht im Rahmen des Kooperationsprojekts BMLV/DIONSihPol-oiip.

Einleitung

Die EU und die USA waren lange Zeit die zentralen Akteure auf dem Westbalkan. Das europäische Projekt verliert auf dem Balkan an Attraktivität. Wieder einmal entwickelt sich die Region zu einem Ort auf dem unterschiedliche geopolitische Interessen aufeinandertreffen. Angesichts der zunehmenden Aktivitäten Russlands und Chinas aber auch anderer internationaler Akteure am Westbalkan, sehen sich die EU und die USA mit einer wachsenden geopolitischen Konkurrenz konfrontiert. Russlands Politik, die darauf abzielt eine weitere euroatlantische Integration des Westbalkans zu verhindern bzw. zu stören (Annäherung an die EU und Mitgliedschaft in der NATO) fördert die Instabilität in der Region. Gleichzeitig deutet die chinesische Balkanpolitik darauf hin, dass es sich inzwischen bei Peking mehr um einen geopolitischen Gegner als um einen strategischen Partner handelt. Sowohl im Falle Russlands als auch Chinas stellt sich die Frage, welche Vorbildwirkung die beiden autoritären Staaten auf die Region haben können, zumal das normative Rolle-Model der westlichen Demokratien seit geraumer Zeit Schwächen zeigt. Um nicht weiter an Boden zu verlieren, müssen sich die EU und die USA stärker koordinieren und sich für eine pro-euroatlantische Perspektive der Westbalkanstaaten einsetzen, bzw. um diese vermehrt werben.

Hintergrund

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Balkanregion von einem Hinterhof der EU zu einer Bühne entwickelt, auf der die geostrategischen Auseinandersetzungen zwischen dem „Westen“ (EU, USA und NATO) und Russland und China ausgetragen werden.

Eine mögliche stärkere Einflussnahme Russlands und Chinas am Westbalkan bietet den politischen Akteuren auf dem Westbalkan

neue Alternativen und erhöht somit aus Sicht der EU die Gefahr, *dass sich die Westbalkanstaaten weiter von der EU und der Demokratieentwicklung nach dem EU-Vorbild wegentwickeln*. Beispiele sind die Teilnahme an umstrittenen Freihandelsabkommen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion, oder auch wirtschaftliche Investitionen chinesischer und russischer Firmen, die nicht im Einklang mit EU-Normen stehen.

Die Re-Aktivierung der russischen Balkanpolitik

Aus Sicht Russlands ist die Balkanregion von besonderer geostrategischer und geopolitischer Bedeutung. Historisch betrachtet konnte Russland über den Balkan und hier insbesondere über Serbien, zu dem es enge Beziehungen pflegt, seinen Einfluss geltend machen. Das wachsende politische und wirtschaftliche Engagement Russlands in der Region soll den Anspruch Moskaus auf Mitsprache in seiner europäischen Nachbarschaft verfestigen. Die Auswirkungen russischer Aktivitäten auf die Region sind allerdings unterschiedlich. Generell kann man hier zwischen zwei Gruppen von Staaten unterscheiden. In die erste Gruppe gehören diejenigen Staaten, deren politische Eliten und der Großteil der Bevölkerung eine positive Einstellung zu Russland haben, sowie starke historische, ethnische, religiöse und kulturelle Beziehungen pflegen. Dazu gehören neben Serbien auch Bosnien-Herzegowina und Montenegro. In der zweiten Gruppe befinden sich jene Länder, in denen der größte Teil der Bevölkerung sowie das politische Establishment Russland gegenüber skeptisch eingestellt sind. Hierzu zählen Albanien, der Kosovo und Nordmazedonien.

Im Fokus der russischen Balkanpolitik stehen rechtsextremistische, nationalistische und pro-russisch orientierte Parteien sowie ultrakonservative und orthodox religiöse Kreise vor

allem in Serbien und in der Republika Srpska (Bosnien Herzegowina). Laut einer Umfrage vom März 2018 ist Präsident Putin der populärste ausländische Politiker in Serbien (für fast 60 Prozent der Befragten).¹

Durch den zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und medialen Einfluss Moskaus in Serbien, wird ein positives Russland-Bild befördert. In Folge kommt es zu Verzerrungen in der öffentlichen Wahrnehmung. So ist z.B. entgegen der wirtschaftlichen Kennzahlen, ein Großteil der serbischen Bevölkerung davon überzeugt, dass nicht die EU und ihre Mitgliedstaaten (wie Deutschland, Österreich und Italien), sondern Russland der wichtigste und größte Geldgeber Serbiens ist.²

Eine wichtige Rolle in der russischen Balkanpolitik spielt die orthodoxe Kirche. Die Einstellung der einzelnen nationalen orthodoxen Kirchen – vor allem der serbisch-orthodoxen – ist geprägt von einer grundlegenden negativen Einstellung gegenüber dem Westen allgemein und der NATO im Besonderen. Immer wieder versuchten Kirchenkreise einzelne Integrationschritte zu stören, so wie es bei der Mitgliedschaft Montenegros oder Nordmazedoniens zur NATO der Fall war.³

Ein wichtiger Bestandteil der russischen Politik der letzten Jahre ist ein verstärktes Engagement im Bereich der Medien in der Region.

¹ Vgl. Hakan Akbulut/Vedran Dzihic/Cengiz Günay, „Verliert der Westen an Einfluss? Verschiebungen der Mächteverhältnisse auf dem Westbalkan, in der Türkei und der MENA Region“, OIIP, Arbeitspapier 100/März 2018.

² Vgl. Pavel Lokshin, „Wie Putin Serbien nutzen will, um Europa herauszufordern“, Die Welt, 17. Januar 2019. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article187207508/Wladimir-Putin-trifft-Serbiens-Praesidenten-Aleksandar-Vucic.html> (4.9.2020).

³ Reuf Bajrović/Vesko Garčević/Richard Kraemer, „Hanging by a Thread: Russia’s Strategy of Destabilization in Montenegro.“ The Foreign Policy Research Institute, 2018.

Russlands staatlich kontrollierte Medienportale wie Sputnik und Russia Today sind seit Jahren am Balkan sehr aktiv. Noch dazu wurden zahlreiche lokale Medien von russophilen Oligarchen und russlandnahen Geschäftsleuten (teilweise) gekauft oder Teile der Eigentümerschaft übernommen. Die Nachrichtenproduktion moskaufreundlicher Medien ist charakterisiert durch kremelfreundliche und antiwestliche Positionen. Die Verbreitung pro-russischer Propaganda und Fake News zielen auf den jeweiligen Nationalismus ab.⁴

Nachdem die Partei des heutigen serbischen Präsidenten Aleksander Vucic, die Serbische Fortschrittspartei (SNS), 2012 die Macht in Serbien übernahm, begann die Phase der Vertiefung der politischen und militärischen Beziehungen zwischen Serbien und Russland. Im Jahr 2013 unterzeichneten die beiden Länder eine strategische Partnerschaft. Obwohl sich Serbien sicherheitspolitisch als neutral erklärt hat, hat in Folge der strategischen Partnerschaft die militärische Zusammenarbeit zugenommen. Dies beinhaltet gemeinsame militärische Übung (SREM-2014), die Teilnahme der serbischen Streitkräfte bei den internationalen Armeespielen in Russland, militärisch-technische Unterstützung aus Moskau und den Kaufs russischer Militärwaffen wie z.B. von MiG-29 Kampfflugzeugen, Mi-35-Kampfhubschraubern und Kampfpanzern.⁵ Nicht zu unterschätzen sind die russischen Aktivitäten im geheimdienstlichen Sektor, vor

⁴ Maxim Samorukov, „A Spoiler in the Balkans? Russia and the Final Resolution of the Kosovo Conflict,“ Carnegie Endowment for International Peace, 2019.

⁵ Vgl. Report on Security Cooperation with Respect to Western Balkan Countries, Department of Defence of the United States, 31 Mai 2019. Abrufbar unter: <https://foreignaffairs.house.gov/cache/files/9/f/9fd987cf-981b-4987-a4cf-b8ceff0ebc4c/8D75A0291647F384678AD080792CF646.fy18-report-on-western-balkans.pdf> (27.8.2020).

allem nach der Einrichtung des sogenannten „Russisch-Serbischen Humanitären Zentrums“ in der südserbischen Stadt Nis im Jahr 2012. Das Zentrum steht im Verdacht ein regionales „Geheimdienstzentrum“ für Desinformationskampagnen Russlands zu sein.⁶ Darüber hinaus ist Präsident Vucic das einzige Staatsoberhaupt auf dem Westbalkan, welcher regelmäßigen Kontakt mit hochrangigen Personen aus dem russischen Geheimdienst unterhält. Präsident Vucic führt mehreren Berichten zufolge, regelmäßig Gespräche mit Segey Naryshkin, dem Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes, und mit Nikolai Patrushev, dem russischen Sicherheitsratssekretär, der auch als Präsident Putins Mann für den Balkan bekannt ist.⁷ Allerdings bleibt Präsident Vucic nicht der einzige hochrangige serbische Politiker, der gute Kontakte mit Moskau pflegt. Der serbische Außenminister, Ivica Dacic, der gleichzeitig die Sozialistische Partei Serbiens anführt, gilt als stärkstes Verbindungsglied zu Russland.⁸ Dacic hat regelmäßig stark betont, wenn Serbien sich zwischen der EU und Russland entscheiden müsste, sollte man die engeren Beziehungen zu Russland wählen.

⁶ Vgl. Konrad Adenauer Stiftung, „Der Einfluss externer Akteure auf dem Westbalkan. Eine geopolitische Akteurslandkarte“. Abrufbar unter: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_52333_2.pdf/e467ee3a-487f-0def-4303-2e87b755598f?version=1.0&t=1539647526531 (27.9.2020).

⁷ Vgl. Howard Amos, „Vladimir Putin’s man in the Balkans“, Politico, 21. Juni 2017. Abrufbar unter: <https://www.politico.eu/article/vladimir-putin-balkans-point-man-nikolai-patrushev/> (23.8.2020).

⁸ Karla Engelhard, „Belgrads besonderes Verhältnis zu Moskau“. Abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/serbien-belgrads-besonderes-verhaeltnis-zu-moskau.795.de.html?dram:article_id=303663 (27.9.2020).

Russische Gas- und Geopolitik

Die Region ist heute insbesondere für russische Gaslieferungen in die Region bzw. den Transport von russischem Gas über die Region von Bedeutung.⁹ Insbesondere seit der Annexion der Krim 2014 nimmt die Balkan-Region einen besonderen Stellenwert in der russischen Energiepolitik ein. So verfolgt Moskau zum Beispiel den Plan, russisches Gas unter dem Schwarzen Meer über den Balkan in die EU zu transportieren. Nachdem das „South Stream“-Projekt nach der Annexion der Krim scheiterte, gilt der Bau der Erdgasleitung „Turkstream“ als fundamental für die russischen Pläne der Machtausbreitung. Das Turkstream-Pipelineprojekt sieht die Beteiligung der kleinen (Transit-)Balkanländer vor. So sind Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien und Serbien in hohem Maße von russischem Gas abhängig.

In Serbien hat Gazprom 2008 die Mehrheit der Anteile des Staatsunternehmens „Erdölindustrie Serbiens“ (NIS) weit unter Marktwert übernommen. Damit konnte der Marktanteil am serbischen Markt ausgebaut werden. Das im Januar 2020 unterzeichnete Turkstream-Pipeline-Abkommen wird die Abhängigkeit Serbiens von Russland weiter erhöhen. Auch die Privatisierung des bosnischen Ölsektors durch die russische Ölfirma Zarubezhneft steigert Moskaus Einfluss auf den Energiemarkt in der Region.¹⁰

Auch im Bankensektor sind die staatlichen russischen Banken Sberbank und VTB seit

⁹ Vgl. The Kremlin Playbook in Southeast Europe. Economic Influence and Sharp Power. Center for the Study of Democracy, Sofia 2020, S. 13.

¹⁰ Mark Galeotti, „Do the Western Balkans face a coming Russian storm?“ The European Council on Foreign Relations (ECFR). Abrufbar unter: https://www.ecfr.eu/publications/summary/do_the_western_balkans_face_a_coming_russian_storm (22.8.2020).

2011 vor allem in Serbien und der Republika Srpska aktiv. Russische Unternehmen haben zudem massiv in strategische Industriebereiche investiert. Hierzu zählt der Kauf des montenegrinischen *Aluminiumkombinats und des Bauxit-Bergwerks, aber auch Investitionen in Hotels und Immobilien in Montenegro.*

Trotz der steigenden wirtschaftlichen Aktivitäten Russlands bleibt die EU allerdings dennoch weiter mit rund 73%, im Vergleich zu Russland mit 4,8% und zu China mit 5%, Handelsvolumen der größte und wichtigste Handelspartner, Investor und Geber für die Westbalkan-Staaten.¹¹ Die Handelsbilanz zwischen der EU und den Staaten der Region hat sich in den letzten zehn Jahren von 21,4 Milliarden Euro im Jahre 2006 auf 43,6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016 verdoppelt. Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen (FDI) liegt die EU mit 72,5% an der Spitze (2007-2015). Das Handelsvolumen Russlands beträgt im Vergleich dazu 4,6%, jenes der Türkei 2% und das von China 0,1%.¹² *Im Vergleich zum wirtschaftlichen Engagement der EU bleibt das russische wirtschaftliche Engagement somit auf relativ niedrigem Niveau und begrenzt.*

Obwohl solche stärkeren politischen und militärischen Anbindungen Serbiens an Russland mit großer Skepsis in Brüssel gesehen werden, war dies bislang für Belgrad kein Anlass, die engen Kooperationen mit dem Kreml zu überdenken. So unterzeichnete im Oktober 2019 trotz EU-Warnung, Serbien als einziger Westbalkanstaat und Kandidat für den Beitritt zur EU, zudem ein umstrittenes Freihandelsabkommen mit der von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU). Der Beitritt zum Freihandelsabkommen ist grundsätzlich mit einer EU-Mitgliedschaft nicht verein-

bar. Trotz Warnungen von Seiten der EU vor negativen Folgen für den EU Beitrittsprozess, änderte die serbische Regierung ihre Haltung nicht.

Der Balkan als geostrategisches Interesse Chinas

Neben Russland zeigte auch China in den letzten Jahren eine immer größere Präsenz in der Balkan Region. Ab 2012 gelang es China elf EU-Mitgliedsstaaten und fünf EU-Kandidatenländer der Westbalkanstaaten¹³ in der sogenannten „16+1“-Initiative, die später nach dem Beitritt Griechenlands zur „17+1“-Initiative wurde, zu versammeln.

Peking sieht diese Initiative als einen zentralen Baustein einer Sino-Europäischen Zusammenarbeit“ mit den Zentral-, Süd- und Osteuropäischen Staaten (CEE).¹⁴ Die „17+1“-Initiative zielt auf Zusammenarbeit in Bereichen wie Wirtschaftskooperation, die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, Verbesserungen in den Verkehrsverbindungswegen, die Stärkung der Zusammenarbeit im Handel, in der Bildung, in der Landwirtschaft, im Tourismus, in der Wissenschaft, der Technologie sowie bei der Förderung des kulturellen Austausches ab. Die „17+1“-Initiative ist damit ein wichtiger Teil der chinesischen „Neuen Seidenstraße“, die als geopolitisches Prestigeprojekt gilt. Südosteuropa stellt dabei eine wichtige Verbindung für den Transport von Waren und Dienstleistungen aus China in die EU dar. Die Übernahme des Hafens von Piräus im Jahr 2008 durch den chinesischen Schifffahrts- und Hafenbetreiber Cosco ist als Teil dieser Strategie zu sehen.

¹¹ Vgl. Abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/western-balkans-economy/> (5.9.2020).

¹² Ebda.

¹³ Alle ex-kommunistische Staaten, allerdings ohne den Kosovo, da China den Kosovo immer noch nicht als unabhängiges Land anerkennt.

¹⁴ Vgl. Faruk Ajeti, „Wie China auf dem Balkan der EU auf der Nase herumtanzt“, Neue Zürcher Zeitung, 28. Januar 2020, S. 10.

Im Vordergrund der chinesischen Balkanpolitik stehen Investitionen in die Infrastruktur. Diese bringt erhebliche Chancen für alle beteiligten Westbalkanstaaten, die günstige Kredite von staatlichen chinesischen Banken erhalten und damit große Infrastrukturprojekte wie den Bau von Eisenbahnverbindungen oder Autobahnen vorantreiben können. Die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für diese Infrastrukturinitiative sind aus der Sicht der EU problematisch. Die meisten Bauverträge zwischen den Westbalkanstaaten und chinesischen Banken sehen vor, dass die Infrastrukturprojekte von chinesischen Bauunternehmen geleitet und umgesetzt und von chinesischen Bauarbeitern gebaut werden. Auch das für den Bau benötigte Material wird aus China importiert.

Serbien ist Chinas größter politischer und wirtschaftlicher Partner am Westbalkan und profitiert am meisten von chinesischen Investitionen. Seit China und Serbien ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft 2009 unterzeichneten, stellt Peking für Belgrad eine der vier Säulen der serbischen Außenpolitik dar. Die chinesischen Infrastrukturprojekte in Serbien haben insgesamt einen Wert von 10 Milliarden Dollar erreicht, die allerdings nicht alle als ausländische Direktinvestitionen (FDI), sondern zum Teil als Kredite einzustufen sind.¹⁵ Die chinesischen Unternehmen sind ebenso in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Nordmazedonien beim Bau von Autobahnen engagiert.

Die Steigerung des Handels von China mit den Westbalkanstaaten führt auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums dieser Region, eine win-win-Situation für beide Seiten. In einigen Fällen wirken sich die chinesischen Investitio-

¹⁵ Vgl. Heather A. Conley/Jonathan E. Hillman/Matthew Melino, "The Western Balkans with Chinese Characteristics", CSIS, 30. Juli 2019. Abrufbar unter: <https://www.csis.org/analysis/western-balkans-chinese-characteristics> (6.9.2020).

nen auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus, durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und auch im Bereich der Produktion. Hervorzuheben sind einige chinesische ausländische Direktinvestitionen (wie in Serbien oder Albanien), wo chinesische Firmen Anteile der einheimischen Unternehmen übernommen bzw. in sie investiert haben (wie der Kauf des Stahlwerks in Smederevo, der Bau eines Industrieparks in Belgrad, die Konzession des albanischen Mutter-Theresa-Flughafenbetreibers in Tirana oder der Kauf von zwei albanischen Ölfeldern im Wert von 450 Millionen Euro).¹⁶

China, der neue geopolitische Konkurrent

Chinas Engagement ist bislang vor allem im Bereich der Infrastruktur und der Wirtschaft stark gewesen. Diese Investitionen werden zunehmend auch von politischen, diplomatischen, medialen und kulturellen Aspekten begleitet. China konnte seinen politischen Einfluss ausbauen. Das große Gefahrenpotential ist die Schuldenfall-Diplomatie (debt-trap diplomacy), da zahlreiche Investitionen Chinas in Form von (günstigen) Krediten getätigt werden, was einen besseren Zugang zu den Märkten und Ressourcen der Kreditnehmerländer bedeutet und eine drohende Abhängigkeit im Falle einer Nicht-Rückzahlung dieser Kredite mit sich bringt.¹⁷

Ein weiteres Problem ist, dass zahlreiche chinesische Investitionen nicht den EU-Normen, wie die Einhaltung internationaler Umwelt- und Ausschreibungsstandards entsprechen. Die meisten Verträge und Kredite mit chinesi-

¹⁶ Vgl. Franziska Tschinderle, "A Silk Road for the Balkans". Abrufbar unter: <http://www.erstestiftung.org/en/a-silk-road-for-the-balkans/> (26.8.2020).

¹⁷ Vgl. Faruk Ajeti, „Ist die 'Neue Seidenstraße' Chinas eine Einbahnstraße?“, Kurier, 17. Januar 2020, S. 8.

schen staatlichen Banken sind nicht transparent und öffentlich einsehbar.

Im Unterschied zu Russland, haben sich der chinesische Präsident Xi Jinping und der Premierminister Li Keqiang öffentlich für eine EU-Erweiterung auf dem Westbalkan ausgesprochen. Die Sorge der EU, dass das Engagement Chinas am Westbalkan die autoritären und illiberalen Tendenzen in den politischen Eliten stärken könnte bzw. der autoritäre Ansatz Chinas von einheimischen populistischen Politikern übernommen werden könnte, wurde während der Corona-Krise deutlich. Der serbische Präsident Vucic kritisierte stark die EU-Entscheidung bezüglich des Exportstopps für medizinische Schutzausrüstung und lobte die *Volksrepublik China und dessen Präsidenten Xi. Als die chinesische Regierung es schaffte, das Covid-19-Virus weitgehend unter Kontrolle zu bekommen, war Peking nicht müde Hilfsaktionen für Serbien (aber nicht nur) im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie zu unternehmen.*¹⁸

Policy Empfehlungen

Mit dem Thessaloniki-Gipfel von 2003, der die EU-Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten bekräftigt hat, wurde die Ambition der EU in der Region unterstrichen, der zentrale Akteur bei der Demokratieentwicklung zu sein. Die Analyse in diesem Policy Brief zeigt, dass die EU – nach wie vor – die dominierende Macht in der Region ist, allerdings agiert sie zunehmend auf einem „geopolitischen Marktplatz“, in dem vor allem Russland und China ihre Interessen durchzusetzen versuchen.

Um die dominante und für die Entwicklung der Demokratie so wichtige Position der EU

und der transatlantischen westlichen Partner am Westbalkan abzusichern, wären folgende politische Schritte denkbar und notwendig:

- **Erhöhung des Engagements der EU und insbesondere Österreichs und Beschleunigung der EU-Integrationsprozesse.** Aufgrund der vielfältigen Verbindungen zwischen Österreich und den Westbalkanstaaten soll Österreich gemeinsam mit EU-Mitgliedstaaten weiterhin eine proaktive Rolle spielen und die Länder der Region im europäischen Integrationsprozess unterstützen. Die österreichische Außenpolitik sollte sich auch in Brüssel stärker für einen raschen Erweiterungsprozess einsetzen.
- **Förderung der Zivilgesellschaft und neuer Allianzen mit progressiven Kräften, die zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Institutionen beitragen können.** Die EU sollte die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den vielen progressiven Bewegungen am Westbalkan vertiefen. Diese Kräfte sind genuin pro-europäisch und demokratisch und können wichtige Partner in Bereichen wie bei der Reform der Rechtsstaatlichkeit, bei der Stärkung der Institutionen und beim Schutz der Menschenrechte in der Region werden.
- **Stärkere Investitionen in die Infrastruktur seitens der EU.** Trotz wachsenden Einflusses Russlands und Chinas und Umsetzung signifikanter Infrastrukturprojekte in den Westbalkanstaaten, darf die EU als wichtigster Handelspartner und Investor am Westbalkan ihre Führungsrolle in der Verbesserung der lokalen, regionalen und europäischen Verkehrsverbin-

¹⁸ Vedran Džihic, „Die Corona-Krise auf dem Westbalkan – Eine erste Analyse des Verlaufs, der Folgen sowie der demokratiepolitischen Implikationen“, Südosteuropa Mitteilungen 01-02/2020, 60. Jahrgang, S. 7-20.

dungen und Infrastruktur nicht aufgeben. Weitere Finanzierungshilfen für Investitionen und Entwicklungsprojekte in der Region (z.B. im Rahmen der EU-Strukturfonds) sollten den Staaten der Region als Anreiz für weitere Reformen auf dem Weg in die EU gestellt werden.

- **Einbeziehung der regionalen Akteure in die Konferenz zur Zukunft Europas.** Die Einbeziehung der Westbalkanstaaten in die Konferenz zur Zukunft Europas würde aus doppelter Hinsicht positive Signale senden. Einerseits wird dadurch die Stimme der Region in der EU stärker wahrgenommen, andererseits könnten die Staaten selbst ihre Anliegen in Brüssel besser und effizienter vorbringen.
- **Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie zu geopolitischen Herausforderungen.** Die bisherige europäische Außenpolitik, die von nationalen Interessen geprägt ist, soll hin zu einer gemeinsamen europäischen Strategie im Umgang mit großen geopolitischen Herausforderungen, konkret mit Russland und China, entwickelt werden. Da die transatlantischen Beziehungen einen neuen Tiefstand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht haben, sollte die EU eine einheitliche geostrategische Haltung gegenüber neuen geopolitischen Herausforderungen verfolgen, die einem weiteren Verlust des geopolitischen bzw. geo-ökonomischen Einflusses in der Welt vorbeugen sollen.